



### Zum Frankfurter Frieden

**Titel:** Zum Frankfurter Frieden / von Walter Platzhoff  
**Verfasser:** Platzhoff, Walter   
**Veröffentlicht:** S 1], 1927  
**Umfang:** S. 301-313  
**Format:**  Buch  
**Sprache:** Deutsch  
**RVK-Notation:** NP 3270 

EXEMPLARE

**MEHR INFORMATIONEN**

[INHALTSANGABEN](#)

[BIBLIOTHEK](#)

[LISSENZ](#)

[ZITIEREN](#)

Universitätsbibliothek J. C. Senckenberg, Bibliothekszentrum Geisteswissenschaften (BzG)

**Signatur:** 02/NP 3270 P719  Standort in der Bibliothek anzeigen

**Kommentar:** verfügb. IG Farben-Haus, Gb, 3. OG, Raum 3.012

**Status:**  ausleihen

Ue

W. Platzhoff  
Zum  
Frankfurter  
Frieden

NP  
3270  
P719



densverträgen nach einem Bundeskriege stets ein bayerischer Bevollmächtigter zugezogen werden solle, „der sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundeskanzleramt seine Instruktion erhalten wird“, mußte die Frage auftauchen, ob diese Bestimmung schon jetzt Geltung habe. In Versailles hatte sich Bismarck damit geholfen, daß er zur Unterzeichnung des Vertrages Vertreter aller süddeutschen Staaten, die ja selbständig den Krieg erklärt hatten, auf ihren längst geäußerten Wunsch ins Hauptquartier einlud. Um aber keinen Präzedenzfall für künftige Friedensschlüsse zu schaffen, hatte er diese Mitwirkung mit dem früheren Bündnisverhältnis begründet und ausdrücklich festgestellt<sup>1</sup>, daß „nach den bereits abgeschlossenen Verträgen zwischen dem Nordbund und den süddeutschen Staaten die Unterzeichnung des Friedensinstruments staatsrechtlich von seiten Bayerns, Württembergs und Badens nicht mehr gefordert werden könne“. Die Schilderung, die der badische Minister Jolly von der „passiven Assistenz“ der Süddeutschen gegeben hat<sup>2</sup>, wird von Bismarck vollauf bestätigt, wenn er am 27. März 1871 an Arnim und Balan schreibt: „Die Verhandlungen in Versailles erfolgten in der Art, daß ich mich mit den französischen Unterhändlern in vertraulichen Besprechungen vollständig verständigte und formelle Konferenzen mit Zuziehung der süddeutschen Kollegen erst nach erfolgter Verständigung zwischen Herrn Thiers und mir stattfanden. Ich erinnere mich nicht, daß bei diesen letzteren einer meiner süddeutschen Kollegen über den materiellen Inhalt der Stipulationen das Wort ergriffen hätte. Wir haben gemeinsam unterschrieben, unterhandelt habe ich allein, in der Form vertraulicher Besprechungen.“ Der Kanzler, der der Frage der bayerischen Vertretung in Brüssel „eine große Wichtigkeit überhaupt nicht beilegen“ wollte, entschied, sie „nach Gründen der Zweckmäßigkeit, unter Berücksichtigung der Tatsachen und der Stimmungen zu behandeln“ und jetzt dasselbe Verfahren einzuschlagen wie in Versailles<sup>3</sup>. Er wollte Württemberg und Baden, die „mit Zuversicht ihren Anspruch auf gleiche Beteiligung wie Bayern kundgegeben“ hatten, nicht vor den Kopf stoßen und „im gegenwärtigen Augenblick im Reichstag die Diskussion des Separatabkommens mit Bayern vermeiden“. Gemäß der Abmachung vom 23. November 1870 bekam der bayerische Vertreter in Brüssel, Graf Quadt, seine Instruktion vom Bundeskanzleramt<sup>4</sup>, was sich für den Württemberger und Badener von selbst ergab, da man nur dort die Verhandlungsgegenstände genau

<sup>1</sup> Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly, Tübingen 1897, S. 210 ff.; O. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs, Jena 1902, S. 524 f., sowie jetzt das Tagebuch des Großherzogs von Baden bei H. Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871, Stuttgart 1927, II, S. 396.

<sup>2</sup> A. a. O., S. 210.

<sup>3</sup> Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes zu Berlin, Bismarck an Arnim und Balan, 27. März.

<sup>4</sup> Ebd., Bismarck an Werthern, 18. März 1871.

kannte<sup>1</sup>. Bismarck behielt sich indes in einer Unterredung mit dem württembergischen Gesandten die Möglichkeit vor, „für den Fall, daß die Legitimationsfrage von irgendeiner Seite Anfechtung erleiden sollte, . . . die Vollmacht von Reichs wegen nachzuholen“. In der Tat erhoben sich in Brüssel beim Austausch der Vollmachten einige Schwierigkeiten, die aber schnell überwunden wurden<sup>2</sup>. Eine selbständige Rolle haben die Süddeutschen in den Konferenzen nicht gespielt, und bei den abschließenden Verhandlungen in Frankfurt waren sie überhaupt nicht anwesend, so daß der förmliche Beitritt Bayerns, Württembergs und Badens zum Frieden erst nachträglich erfolgte.

Unter den in Brüssel zu lösenden Fragen stand neben den finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten die Festsetzung der definitiven Grenze zwischen Deutschland und Frankreich im Vordergrund. Im Präliminarvertrag hatte Thiers die Belassung von Stadt und Festung Belfort erreicht, aber die Bestimmung des Umkreises war späterer Entscheidung vorbehalten worden. Während der Franzose von dieser Verzögerung günstigere Bedingungen, vielleicht mit Unterstützung der neutralen Mächte, erhoffte, hatte Bismarck nach einem späteren Ausspruch<sup>3</sup> die Frage ausdrücklich als Ausgleichsmittel offengehalten. Haller hat gezeigt, wie vor allem der Leiter der preußischen Bergakademie, Hauchecorne, schon im August 1870 den Erwerb der lothringischen Erzlagerstätten dringend befürwortet hatte, und die Eisenindustriellen an Saar und Mosel hatten den Wunsch in einer Reihe von Eingaben wiederholt. Wann Bismarck davon Kenntnis erlangte, ist nicht genau festzustellen, aber schon am 23. Februar 1871, also gerade während der Verhandlungen mit Thiers, erwähnte er im vertrauten Kreise die „herrlichen Lager von Eisenerz im Moseltal“. Als in Brüssel am 3. April in einer Zusammenkunft Arnims und des Generals Strantz mit dem französischen General Dourelaine die Grenzziehung zur Erörterung kam, schlug Arnim eine Erweiterung des Rayons von Belfort gegen französische Abtretungen bei Diedenhofen vor<sup>4</sup>. Damit war deutscherseits der Tauschgedanke angeregt, der nach vielen Schwierigkeiten im Frankfurter Frieden verwirklicht wurde. Arnims Berichte nach Berlin lassen den Verlauf der Verhandlungen deutlicher erkennen, als es bisher möglich war.

<sup>1</sup> Bruns, S. 45 ff.

<sup>2</sup> Ebd., S. 77.

<sup>3</sup> Valfrey I, S. 28 f.

<sup>4</sup> Randbemerkung zur Aufzeichnung des Generals Fabrice vom 8. April 1871, Große Politik I, S. 11.

<sup>5</sup> M. Busch, Tagebuchblätter, Leipzig 1899, II, S. 171. — Ungedruckte Gutachten französischer Bergingenieure über das Grubenviertel aus dem Bezirksarchiv und dem Bergamt zu Metz benutzt die ungedruckte, im Archiv des Elsaß-Lothringen-Instituts in Frankfurt a. M. liegende Arbeit von Wehrmann, Der Gebietsaustausch zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1871.

<sup>6</sup> Valfrey I, S. 51 f.

Doutrelaine hatte das Ansinnen sofort abgelehnt, da es das französische Minengebiet verkleinern und die Verbindung zwischen Frankreich und dem neutralen Luxemburg noch mehr beschneiden würde. In einer Sitzung der Grenzregulierungskommission vom 13. April, der von deutscher Seite Strantz, Hauchecorne und Herzog beiwohnten, legte er seine Forderungen betreffs Belfort ausführlich dar<sup>1</sup>. Er ging davon aus, daß die Festung nach der Abtretung des Elsaß jede höhere militärische Bedeutung für Frankreich verloren habe — ein Gesichtspunkt, der später auch in der französischen Nationalversammlung verfochten wurde —, und daß deshalb der Rayon weniger nach militärischen als nach ethnographischen und geographischen Gesichtspunkten zu bemessen sei. Demgemäß verlangte er alles Land bis zur Wasserscheide zwischen Rhein und Rhone, die mit der Sprachgrenze zusammenfalle, mit dem Hinzufügen, daß dies seinerseits die Interpretation des Begriffes „Rayon“ in dem Präliminarfrieden sei. Hiergegen erhoben die Deutschen Protest, erklärten sich aber aufs neue bereit, den Rayon weiter herauszurücken „gegen eine Kompensation an Land im Norden bei Thionville, wo die jetzigen, den Schmuggelhandel begünstigenden Grenzen eine Änderung wünschenswert machten“. Sie erbaten von Bismarck Instruktion, wie der Begriff „Rayon von Belfort“ an maßgebender Stelle verstanden werde, ob und wie weit die französische Forderung in Betracht gezogen werden dürfe, und welcher Wert auf das im Norden zu erwerbende Land gelegt werde. Bismarck, der in einer Randbemerkung Doutrelaines Interpretation als „Unverschämtheit“ bezeichnete, beschied seine Unterhändler am 22. April telegraphisch: „Das Maß dessen, wodurch wir unsere vertragsmäßige Verpflichtung bezüglich Belforts erfüllen, ist die Abtretung des Rayons im fortifikatorischen Sinne“, und fügte in einem Erlaß vom gleichen Tage hinzu: „Über das Maß, welches wir nach dem Präliminarfrieden schuldig sind, d. h. den fortifikatorischen Rayon von 974 mètres, werden wir nur hinausgehen, wenn und in dem Verhältnisse, in welchem die französische Regierung uns annehmbare Gegenkonzessionen macht.“ Gleichzeitig fragte er bei Moltke an, wie weit der Umkreis von Belfort ausgedehnt werden könne. Dieser hatte gegen die Überlassung der bei der Festung gelegenen französisch sprechenden Ortschaften kein Bedenken, da ihr „ferneres Verbleiben bei Frankreich militärische Interessen nicht weiter berührt, so lange Belfort in französischem Besitz bleibt“<sup>2</sup>. Doutrelaine hatte indessen noch mehr verlangt: neben Hayingen und Groß-Mövern das Oberelsaß von Belfort bis Mülhausen einschließlich. Die Tatsache war schon aus der gedruckten Literatur bekannt, jedoch konnte man aus den spärlichen Notizen den Eindruck gewinnen,

<sup>1</sup> Bericht der Grenzkommision vom 19. April, am selben Tage von Arnim an Bismarck übersandt; vgl. Valfrey I, S. 59, der die Besprechung auf den 14. April datiert.

<sup>2</sup> Bismarck an Moltke, 23. April, Antwort vom 25. April.

als ob es sich bloß um „ein harmloses Anklopfen“ gehandelt habe. Die Akten lehren aber, daß es ernstlicher gemeint war.

Die Erwerbung Mülhausens mit seiner überlegenen Baumwollindustrie hatte in deutschen Interessentenkreisen die Besorgnis vor einer gefährlichen Konkurrenz, wenn nicht sogar vor einem Ruin des deutschen Geschäftes wachgerufen. Der Ausschuß süddeutscher Industrieller in Stuttgart war im Herbst 1870 soweit gegangen, König Wilhelm in einer Eingabe zu bitten, „die industriellen Teile des Elsaß von der Annexion auszuschließen“<sup>1</sup>. Mehrere der größten deutschen Handelskammern hatten freilich diese Befürchtungen widerlegt, aber für den neuvereinbarenden Handelsvertrag mit Frankreich Tarife gefordert, die dem Elsaß sein bisheriges Absatzgebiet sichern und der deutschen Industrie den französischen Markt besser öffnen sollten. Gleichzeitig hatte die Schweizer Bundesregierung wiederholt bei Bismarck vertraulich den Wunsch geäußert, bei der territorialen Neuordnung für den Kanton Basel ein Stück vom Elsaß zu erlangen, damit er wie bisher unmittelbar an Frankreich angrenze, und Mülhausen als althistorischen Besitz der Eidgenossenschaft in diesen Landstreifen einzubegreifen<sup>2</sup>. Gegen einen kleineren Gebietsaustausch, der Baden die Fortführung seiner Bahn nach Basel auf badischem Boden gestattete, hatte Bismarck nichts einzuwenden, jedoch bis Mülhausen wollte er ihn nicht ausdehnen. In der oberelsässischen Industrie, wo Theodor v. Bernhardi schon 1869 Tendenzen zu einem Anschluß an die neutrale Schweiz zu erkennen glaubte<sup>3</sup>, stand man diesem Gedanken jetzt nicht ablehnend gegenüber. Eine Mülhausener Deputation, die nach dem Präliminarfrieden in Berlin die Wünsche und Befürchtungen der Stadt vortrug, hatte aus den Äußerungen des Kanzlers den Eindruck gewonnen, daß er einer Neutralisierung oder Wiederabtretung nicht abgeneigt sei<sup>4</sup>. Hiervon hatte man in Paris Kunde erhalten, und in schwerverständlichem Optimismus wähte man mit einer Rückforderung Mülhausens auf keine Schwierigkeiten zu stoßen. Die französischen Unterhändler wunderten sich geradezu, daß die Deutschen die Sache nicht zur Sprache brachten, und schnitten sie deshalb ihrerseits an<sup>5</sup>.

In der Sitzung vom 13. April hatte Doutrelaine seine Vorschläge ausdrücklich

<sup>1</sup> Vgl. G. Körner, Die norddeutsche Publizistik und die Reichsgründung im Jahre 1870, Hannover 1908, S. 309 ff.

<sup>2</sup> Oncken II, S. 396; Lorenz, S. 525. — 1892 erzählte Bismarck einem französischen Journalisten davon, vgl. Bismarck, Gesammelte Werke<sup>3</sup>, Gespräche III, Berlin 1926, S. 296.

<sup>3</sup> Aus dem Leben Theodor von Bernhards IX, Leipzig 1906, S. 8. Ähnliche französische Äußerungen aus dem Oktober 1870 notiert R. v. Dalwigk in seinen Tagebüchern (herausgegeben von W. Schüller, Stuttgart 1920), S. 450 f., 453.

<sup>4</sup> Vgl. das noch zu erwähnende Schreiben Arnims und Balans an Bismarck vom 2. Mai und die bei M. Spahn, Elsaß-Lothringen, Berlin 1919, S. 245, angeführten Äußerungen Bismarcks zu Jean Dollfus. Aug. Dollfus, Souvenirs anecdotiques personnels des années 1870, 1871 et 1872 (Mulhouse 1895), bringt hierüber nichts.

<sup>5</sup> Valfrey I, S. 51.

als allein von seiner Person und nicht von seiner Regierung ausgehend bezeichnet. Vier Tage darauf erklärte er in der Grenzkommission<sup>1</sup>, die Regierung habe sie gebilligt und schreibe ihm als Forderungen vor: „d'une part, la rétrocession complé-mentaire des communes de Moyeuve et de Hayange, et d'autre part une délimitation du territoire de Belfort, susceptible de comprendre la ville de Mulhouse, dont plusieurs représentants de son industrie s'étaient rendus à Berlin pour y plaider la cause de leur rétrocession et assuraient avoir reçu un accueil qui n'était pas de nature à les décourager.“ Bismarck bemerkt hierzu am Rande des Berichtes lakonisch: „c'est beaucoup de courage!“ Deutscherseits wurde dem General sofort erwidert, daß es sich bei dem angebotenen Gebietsaustausch um eine Erweiterung des Rayons von Belfort gegen ein Vorrücken der deutschen Grenze in der Gegend von Diedenhofen handle; im übrigen aber sei die Grenze, abgesehen von kleineren Regulierungen, als feststehend anzunehmen und von einer Rückabtretung nirgendwo die Rede. Mit dieser unzweideutigen Antwort beruhigten sich die Franzosen indes noch nicht. Am 23. April berührte Jules Favre selbst bei einer Zusammenkunft mit General Fabrice die territoriale Frage<sup>2</sup>. Er betonte den Wert, den Frankreich auf eine die ungestörte Verbindung mit der Schweiz sichernde Grenzziehung bei Belfort lege, und meinte, bei der Abneigung industrieller Kreise Deutschlands gegen die Annexion Mülhausens lasse sich eventuell auch hier über eine Regulierung verhandeln. Auf die Einwände Fabrices mußte er freilich zugeben, daß Bismarck schon früher die Möglichkeit einer Abtretung Mülhausens entschieden von der Hand gewiesen habe. Am 25. April kam ein Mitglied der französischen Legation in Brüssel, Goulard, bei einer zufälligen Begegnung mit dem Grafen Arnim auf jenen Eindruck zu sprechen, den die Mülhausener Deputation aus Berlin mitgenommen haben sollte<sup>3</sup>. Arnim ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß hier ein Irrtum vorliegen müsse, Bismarck habe Äußerungen, die in dieser Weise gedeutet werden könnten, gewiß nicht getan. Er erklärte es für ganz außer aller Frage stehend, daß wichtige nationale Interessen keinem einzelnen Industriezweige geopfert werden würden. Der Franzose begnügte sich darauf mit der Bemerkung, demnach werde der Sache in der Presse wahrscheinlich eine zu große Wichtigkeit beigegeben. Dieser Vorstoß und das Auftreten Doutrelaines veranlaßten aber den Grafen, den Ersten französischen Delegierten, Baron Baude, zu interpellieren. Er antwortete ihm, es müsse ein Mißverständnis vorliegen; die französischen Bevollmächtigten hätten nicht die Absicht, wegen Mülhausens ein Wort zu sagen. Das Vorhandensein der Instruktion, von der

<sup>1</sup> Nach seinem Schreiben an General Strantz vom 1. Mai (Hauptarchiv des AA.).

<sup>2</sup> K. Rheindorf, England und der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Bonn 1923, S. 192. — Bismarck erwähnt das französische Ansinnen in seinem Schreiben an Fabrice vom 24. April, Große Politik I, S. 27.

<sup>3</sup> Hierzu und zum folgenden vgl. den erwähnten Bericht Arnims und Balans vom 2. Mai, dem das Schreiben Doutrelaines an Strantz beigegeben ist.

Doutrelaine gesprochen hatte, bestritt er damit also nicht. Der General selbst trat in einem Schreiben an Strantz vom 1. Mai den Rückzug an, in dem er noch einmal auf die Sitzung vom 17. April zurückkam und hinzufügte: „Depuis lors Messieurs les Plénipotentiaires français ont jugé qu'il n'y avait plus lieu d'insister sur la rétrocession de Mulhouse“. Es war, wie Arnim vermutete: Baude gab der tatsächlich eingelaufenen Instruktion keine Folge, weil er der deutschen Ablehnung sicher war. Seitdem ist in den Verhandlungen Mülhausens nicht mehr berührt worden. Der letzte Nachklang der französischen Wünsche findet sich in der großen Rede, mit der Thiers am 18. Mai in der Nationalversammlung den Friedensschluß verteidigte. Darin führte er an, daß mit der Erweiterung des Rayons von Belfort Frankreich einen Teil der Täler behaupte, die in die Nähe von Mülhausens reichten; hierdurch werde es der elsässischen Industrie ermöglicht, auf die andere Seite der neuen Grenze abzuwandern und französisch zu bleiben<sup>1</sup>.

Das Scheitern des Mülhausener Projektes hat die französischen Unterhändler in ihrem Widerstand gegen den von Bismarck erstrebten Gebietstausch offensichtlich noch bestärkt. In demselben Schreiben vom 1. Mai erklärte Doutrelaine im Namen seiner Regierung, daß sie jetzt keine französische Bevölkerung an Deutschland abtreten könne, die der Präliminarfriede über die Erhaltung ihrer Nationalität beruhigt habe. Wenn das Deutsche Reich seine Zustimmung zu den von Frankreich gewünschten Grenzregulierungen von einer Kompensation abhängig machen wolle, so könne ihm diese nur in den Punkten gegeben werden, die durch den Vertrag vom 26. Februar nicht geregelt seien. Was er damit meinte, war auch Bismarck nicht klar<sup>2</sup>. Ebensowenig konnten sich die Parteien in der Belforter Frage einigen. Während die Franzosen nach Strantz' Worten „un rayon national“ forderten, wollten die Deutschen nur „un simple rayon de forteresse“ gewähren, der 7½ Kilometer nicht übersteigen dürfe. Arnim glaubte die ganze territoriale Frage nur dann lösen zu können, wenn man auf das Vorrücken der Grenze bei Diedenhofen verzichte<sup>3</sup>.

Bismarck witterte hinter dieser Hartnäckigkeit weitergehende Absichten. Wir wissen heute, daß die französische Verschleppungstaktik, die auch in den militärischen und finanziellen Verhandlungen zu tage trat, gerade damals, während des Aufstandes der Commune, der Ohnmacht und Zerfahrenheit der Regierung entsprang, aber der Kanzler konnte sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Thiers den Präliminarfrieden überhaupt nicht ausführen wollte und auf eine günstige Gelegenheit lauerte, sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Auch Arnim

<sup>1</sup> May, S. 109.

<sup>2</sup> ? am Rand.

<sup>3</sup> Promemoria vom 21. April, Große Politik I, S. 19.

urteilte am 1. Mai<sup>1</sup>: „Man kann sagen, daß die Herstellung des definitiven Friedens mit Frankreich heut weniger sicher ist als am 3. März. Im allgemeinen tritt der Eindruck hervor, daß die Deutschen in höherem Grade als die Frieden-Suchenden erscheinen als die Franzosen.“ Um diesem Zustand ein Ende zu machen und den Gegner zum Friedensschluß zu zwingen, griff Bismarck in der zweiten Aprilhälfte seinerseits zu den schärfsten Druckmitteln. Seine Weisungen an Fabrice zeigen, wie zielbewußt er hierfür die militärische Lage in und vor Paris ausnutzte. Indes ließ er es dabei nicht bewenden. Von der Reichstagstribüne erklärte er am 24. April: „Auf Versuche, die Bedingungen des Präliminarfriedens abzuschwächen, würden wir uns in keiner Weise einlassen, nach welcher Richtung dieselben auch versucht werden möchten, sei es im territorialen, sei es im finanziellen Teile der Abmachungen.“ Tags zuvor hatte er die französischen Machthaber wissen lassen, wenn ihre Unterhändler nicht einmal die Instruktion hätten, die Stipulationen des Vorfriedens rückhaltlos anzuerkennen, werde er die Verhandlungen abbrechen<sup>2</sup>. Wie er bereits Ende März allerdings erfolglos mit Napoleon III. angeknüpft hatte<sup>3</sup>, so drohte er am 30. April Thiers<sup>4</sup>: „Wenn es wirklich die Absicht der französischen Regierung sei, den Präliminarfrieden anzufechten, so würden wir uns auf irgendeine Weise darüber vergewissern müssen, ob die Nationalversammlung, die uns als der andere Kontrahent gegenüberstehe, es zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten wolle kommen lassen.“ Thiers beteuerte Fabrice sofort, es habe nie in seiner Absicht gelegen, die durch die Präliminarien gegebene Basis für den Friedensschluß zu ändern und dadurch einen Wiederausbruch des Krieges herbeizuführen<sup>5</sup>. Schon vorher hatte sich Favre in einer Unterredung mit Fabrice erboten, zwecks Abschluß des Friedens mit Bismarck in einer deutschen Stadt, nur nicht in Berlin, zusammenzutreffen. Der Kanzler war sofort bereit und schlug Frankfurt vor, wo am 6. Mai die Besprechungen begannen.

Auch hier hat die territoriale Frage wieder große Schwierigkeiten verursacht, und erst nach harten Kämpfen ist die Einigung erzielt worden. Anfangs lehnten die Franzosen die Grenzänderung bei Diedenhofen unbedingt ab<sup>6</sup> und wollten, wie Bismarck am 7. Mai nach Berlin berichtete, die Ausdehnung des Rayons von Belfort mit Geld- oder Handelskonzessionen erkaufen. Auch am nächsten Tage hielten sie an ihrem Widerstande fest, auf die Gefahr hin, daß Belfort auf den in Brüssel an-

<sup>1</sup> Schreiben an Bismarck (Hauptarchiv des AA.).

<sup>2</sup> Telegramm an Fabrice, 23. April (ebda.)

<sup>3</sup> Valfrey I, S. 69, Sorel II, S. 292. Bismarck erzählte Anfang April Waldersee davon, vgl. dessen Denkwürdigkeiten I, S. 131 f. Stuttgart 1922.

<sup>4</sup> Weisung an Fabrice (Hauptarchiv des AA.).

<sup>5</sup> Thiers an Fabrice, Versailles 2. Mai (ebda.); vgl. auch Herzfeld, S. 43.

<sup>6</sup> Vgl. Bismarcks Berichte nach Berlin, Große Politik I, S. 35 ff.

gebotenen Umkreis beschränkt bleibe, so daß der Kanzler schon daran dachte, auf seine Forderung zu verzichten, um den Abschluß nicht scheitern zu lassen. Wilhelm I. erklärte sich damit einverstanden, wünschte aber dann wenigstens Mars la Tour zu erlangen, das ihm wegen des Schlachtfeldes und der Soldatengräber besonders am Herzen lag<sup>1</sup>. Aber am 9. Mai willigte Favre, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung, in die Preisgabe des lothringischen Streifens ein, aus dem freilich der hier persönlich interessierte Finanzminister Pouyer-Quertier zwei der wichtigsten Grubenorte, Villerupt und Thil, für Frankreich rettete. Dafür erfüllte Bismarck ihre Wünsche bei Belfort. Seine Großzügigkeit hat ihnen das Einlenken fraglos erleichtert, jedoch der entscheidende Grund lag in dem unabwiesbaren Friedensbedürfnis Frankreichs. Favre rechtfertigt seine Haltung in seinem Buch vor allem mit der militärischen Bedeutung des um Belfort gewonnenen Gebietes<sup>2</sup>, ein Argument, das auch Thiers in der Nationalversammlung in erster Linie ins Feld führte. Zweifellos haben die beiden Politiker hierin richtiger gesehen als Moltke in seinem erwähnten Gutachten und als ein Teil ihrer eigenen Militärs, der der Festung damals jeden offensiven Wert absprach.

Kurz bevor so in Frankfurt die Grenzen Elsaß-Lothringens definitiv festgesetzt wurden, war auch die andere vielerwogene Frage, wie das wiedererworbene Land dem Deutschen Reiche eingegliedert werden solle, zu einem Abschluß gebracht worden. Am 23. April 1871 ging dem Reichstag der Gesetzentwurf „betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reich“ zu, der sie zum Reichsland stempelte. Unmittelbar vorher hatte es noch den Anschein gehabt, als ob ein Stück des Elsaß Bayern zufallen sollte. Auch auf diese früher etwas dunkeln Verhandlungen werfen neuere Forschungen und Funde ein helleres Licht<sup>3</sup>.

Die Auffassung, daß Bayern 1870 unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Gebietsvergrößerung in den Krieg eingetreten sei, ist jetzt von Doeberl widerlegt. Aber andererseits ist es nicht zu bezweifeln, daß am bayerischen Hofe und zumal bei Ludwig II. selbst von vornherein dahingehende Wünsche bestanden haben. Sie wurden genährt von Bismarck, der zu Beginn des Krieges mehrfach den Bayern allerdings unverbindliche Aussichten auf eine territoriale Erwerbung im Elsaß eröffnete<sup>4</sup> — zu einer Zeit, wo er sich über die staatsrechtliche Zukunft des wiederzugewinnenden Landes noch nicht fest entschieden hatte. Auch die liberalen Kreise lehnten den Gedanken nicht unbedingt ab, wenn, wie Max Duncker meinte, Bayern

<sup>1</sup> Thile an Bismarck, Berlin 9. Mai (Hauptarchiv des AA.).

<sup>2</sup> III, S. 372 f.

<sup>3</sup> Von den älteren Arbeiten sind hierüber grundlegend K. Jacob, Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71, Straßburg 1905, sowie W. Busch, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870/71, Tübingen 1906, dazu jetzt die Darstellung von Doeberl, die aber in manchem zu ergänzen ist.

<sup>4</sup> Doeberl, S. 49 ff.

„damit vollständig in den Organismus des Bundes gezogen werden könnte“. Eine Denkschrift des badischen Ministers Roggenbach vom 5. September<sup>1</sup> machte „für die Zuweisung kleinerer Teile an Bayern“ auch das Moment geltend, daß hierdurch „Bayern wohl am nachhaltigsten von aller Rheinbundspolitik geheilt würde“. Aber im Hinblick auf Frankreich wollten Graf Bray und andere bayerische Staatsmänner von einem Gebietszuwachs im Elsaß zunächst nichts wissen, und der König hatte sein Augenmerk von Anfang an auf die alten Wittelsbachischen Stammländer um Heidelberg und Mannheim und somit eine Territorialverbindung mit der Rheinpfalz gerichtet, wofür Baden im Elsaß entschädigt werden sollte. Auf sein und des Kabinettssekretärs Eisenhart Drängen griff Bray in Versailles den Plan auf, erbat Bismarcks Mitwirkung zu dem Ländertausch und brachte ihn sogar beim Großherzog von Baden zur Sprache. Wie er sich hier indes eine scharfe Abfuhr holte, so wies auch Bismarck einen solchen „dynastischen Seelenschacher“ schroff zurück<sup>2</sup>. Nach dem Scheitern dieses Projektes trat ein Landgewinn auf elsässischem Boden wieder in den Vordergrund. Und hier verhielt sich Bismarck nicht unbedingt ablehnend, um den bayerischen Herrscher nicht zu verstimmen und seinen Anschluß an das neue Reich nicht in letzter Stunde zu gefährden. Doeberl meint<sup>3</sup>, daß er dem Grafen Holnstein vor der Absendung des Kaiserbriefes gewisse territoriale Zusagen gemacht hat, freilich ohne einen aktengemäßen Beweis hierfür zu erbringen. Dagegen erfahren wir aus einem Schreiben Brays an Eisenhart vom 14. November<sup>4</sup>, daß er die Frage „gesprächsweise“ bei dem Kanzler berührte unter Berufung darauf, daß Bayern nach seinen militärischen Leistungen einen Anspruch auf Ersatz für die kleinen, aber schmerzlich empfundenen Gebietsverluste von 1866 habe. Bismarck bekämpfte, wie der Graf berichtet, einen solchen Anspruch keineswegs, nahm ihn vielmehr beifällig auf, betonte aber, daß er von den dereinstigen Friedensbedingungen abhängig gemacht werden müsse. Er behandelte das Begehren also dilatorisch. Bray glaubte, aus seinen Äußerungen „den Eindruck gewinnen zu können, daß der bayerische Wunsch sich leicht werde erfüllen lassen“<sup>5</sup>, und betrieb ihn deshalb auch an anderen Stellen. Auf seine Bitte verwandte sich Chlodwig Hohenlohe im

<sup>1</sup> M. Duncker, Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, herausgegeben von J. Schultze, Stuttgart 1923, S. 453. Andere liberale Stimmen ebda. und bei Körner, a. a. O., S. 285 f.

<sup>2</sup> Kaiser Friedrich III., Das Kriegstagebuch von 1870/71, herausgegeben von H. O. Meisner, Berlin 1926, S. 431 ff., besonders 441.

<sup>3</sup> Tagebuch des Großherzogs bei Oncken II, S. 203 f., 209; Bismarck an den preußischen Gesandten in Darmstadt v. Wentzel, 20. September 1870 (Hauptarchiv des AA.). Dalwigk trug sich mit ähnlichen Tauschplänen, bei denen er für sein Land eine Vergrößerung herauszuschlagen dachte, vgl. seine Tagebücher, S. 444 und 446 f.

<sup>4</sup> S. 162.

<sup>5</sup> Ebda., S. 306. Das ist wohl auch die Quelle für die hiermit übereinstimmende Erzählung Luise v. Kobells (König Ludwig II. und Fürst Bismarck, Leipzig 1899, S. 27), die hiernach zu datieren ist.

<sup>6</sup> Denkwürdigkeiten, Leipzig 1901, S. 192, A. 1.

Dezember in Berlin dafür<sup>1</sup> und erhielt von Roggenbach die Antwort, daß er die Abtretung des Streifens von Hagenau für nicht unmöglich erachte. Am 9. Januar 1871 trug König Ludwig selbst in einem Handschreiben Bismarck sein Anliegen vor und wiederholte den Schritt am 26. Februar bei Kaiser Wilhelm, er stützte sich dabei neben den Einbußen von 1866 auf die sofortige Mobilmachung Bayerns und seine Zugeständnisse bei der Reichseinigung<sup>2</sup>. Auf dieses Drängen ist es wohl zurückzuführen, daß Bismarck bei dem Abschluß des Präliminarfriedens den süddeutschen Ministern am 25. Februar eröffnete, der Kaiser beabsichtige, „um jede Erinnerung an die Kämpfe von 1866 zu tilgen, die Stadt Weißenburg und Umgegend in dem Umfang des damals abgetretenen bayerischen Gebietes an Bayern zu überlassen“. Seine Frage, ob der Vorschlag Bayern willkommen sei, bejahte Bray „mit den dankbarsten Versicherungen“, mußte aber dann hören, daß die Angelegenheit erst nach dem Friedensschluß zwischen den deutschen Staaten geregelt werden solle<sup>3</sup>.

Unmittelbar darauf, Anfang März, drangen Nachrichten von dem Vorhaben zuerst in die bayerische und dann in die allgemeine deutsche Presse<sup>4</sup>, nicht zum Vorteil Bayerns, denn der weitaus größte Teil der öffentlichen Meinung, ohne Unterschied der Parteien, bekämpfte den Plan aufs entschiedenste. Der bayerische Gesandte in Berlin, der partikularistische Baron Perglas, argwöhnte, daß Bismarck die Pressefehde veranlaßt habe. Beweise dafür hatte er nicht, und die Behauptung ist auch an sich wenig wahrscheinlich. Aber unangenehm wird es dem Kanzler nicht gewesen sein, daß die ihm sicherlich nicht erwünschte Bevorzugung Bayerns ohne sein Zutun auf solchen Widerstand stieß. Auch Perglas mußte einräumen, daß Bismarck selbst wenn er wollte, „in dieser Phase“ seinen Einfluß nicht mehr einsetzen konnte. Er hielt sich völlig zurück und überließ es den Bayern, die nötigen Schritte im Bundesrat und Reichstag zu tun. Aber schon im März sagte er dem sehr beunruhigten Großherzog von Baden, die Abtretung werde nicht zustande kommen<sup>5</sup>. Dieser Erkenntnis konnten sich auch die bayerischen Staatsmänner nicht verschließen, nur der König wollte auf seinen Lieblingswunsch nicht verzichten und wies seine Minister trotz ihrer Warnungen Ende März an, den Antrag im Bundesrat einzubringen<sup>6</sup>. Hier wäre eine Mehrheit, wenn nicht gar Einstimmigkeit zu erreichen gewesen. Denn der preußischen Unterstützung war man sicher, die Württem-

<sup>1</sup> Denkwürdigkeiten II, S. 34, 8. Dezember 1870. (Stuttgart 1906.)

<sup>2</sup> Hauptarchiv des AA.

<sup>3</sup> Lorenz, S. 525 und jetzt Oncken II, S. 396.

<sup>4</sup> Hierüber vgl. Jacob, S. 36\* ff. und jetzt Doeberl, S. 56 f., der ausdrücklich feststellt, daß die Information der Presse nicht durch die bayerische Regierung erfolgt ist.

<sup>5</sup> Schreiben des Großherzogs von Baden an Kaiser Wilhelm, Karlsruhe, 10. April 1871 (Hauptarchiv des AA.).

<sup>6</sup> Zu diesem letzten Stadium der Verhandlungen hat schon vor Doeberl K. Stählin, Zur neueren elsäss-lothringischen Geschichte (Historische Zeitschrift 126, S. 84 ff., 95 f.) württembergische Archivalien veröffentlicht. Vgl. auch Lorenz, S. 626.

berger wollten sich, so ungünstig sie die Angelegenheit beurteilten, nicht widersetzen<sup>1</sup>, und die badischen Vertreter sollten zwar gegen den Antrag reden, aber dagegen zu stimmen schien auch dem Großherzog kaum angängig<sup>2</sup>. Im Reichstag hingegen war die Sache völlig aussichtslos. Mit diesem Argument wandten sich die Minister am 8. April nach Rücksprache mit Bismarck nochmals an den König und erlangten von ihm die Ermächtigung, von dem Antrag „zur Zeit“ Abstand zu nehmen; für „spätere günstigere Konjunkturen“ hielten sie den Anspruch aufrecht. Der Rückzug und seine Gründe wurden auch der Öffentlichkeit bekannt. Am 17. April schrieb die Augsburgische Allgemeine Zeitung: „Es gilt für gewiß, daß der Plan einer Abtretung des Kreises Weißenburg an Bayern definitiv aufgegeben ist . . . Bei der entschiedenen Abneigung der Mehrheit des Reichstags, auf dieses Projekt einzugehen, war es unter den obwaltenden Verhältnissen jedenfalls auch am geratensten, dasselbe ganz fallen zu lassen.“ Sicherlich hat Bismarck vor allem an diese bayerischen Wünsche gedacht, als er in seiner Reichstagsrede vom 25. Mai die Schaffung des Reichslandes an erster Stelle damit begründete: „um dynastische Fragen nicht ohne Not in unsere politischen zu mischen“.

Durch die Verquickung von innen- und außenpolitischen Rücksichten ist wie die Entscheidung über Elsaß-Lothringen so auch die Reichsgründung und der Friedensschluß unendlich erschwert worden. Bismarck hatte gehofft, wie er Anfang Dezember 1870 äußerte: „wir würden eher Frieden haben, als die deutsche Sache fertig wäre“<sup>3</sup>, aber das Schicksal hatte es anders bestimmt. Daß auch auf sein Entgegenkommen gegen Bayern außenpolitische Erwägungen entscheidend eingewirkt haben, dafür bringt das jetzt veröffentlichte Tagebuch des Großherzogs von Baden ein neues Zeugnis. Ihm sagte der Kanzler am 19. November<sup>4</sup>: „Ich gestehe zwar . . ., daß mir“ die bayerischen „Vorschläge für eine Einigung durchaus ungenügend erscheinen würden, wenn nicht die Lage der europäischen Verhältnisse mich nötigte, so bald als möglich die Einigung Deutschlands als vollendete Tatsache hinzustellen.“ Gegenüber der Bewunderung, die man früher in Deutschland dem Friedensschluß von 1871 gezollt hat, haben neuerdings Haller und M. Spahn zutreffende Kritik an ihm geübt. Indes, um ihn gerecht zu beurteilen, darf man die ungeheuren Schwierigkeiten nicht außer acht lassen, die ihm entgegenstanden und überwunden werden mußten: die unerwartet lange Dauer des Krieges und das Stocken der

<sup>1</sup> Bericht des preussischen Gesandten in Stuttgart v. Rosenberg an Bismarck vom 17. März (Hauptarchiv des AA.). Bismarck faßte in seiner Antwort vom 19. März auch eine eventuelle Zustimmung des preussischen Landtags ins Auge.

<sup>2</sup> Nach seinem erwähnten Schreiben an Kaiser Wilhelm.

<sup>3</sup> M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 477.

<sup>4</sup> Oncken II, S. 187. Vgl. auch meine Frankfurter Universitätsrede: Bismarcks Reichsgründung und die europäischen Mächte (1925).

militärischen Operationen seit dem Herbst 1870, die drohende Einmischung der Neutralen, das Fehlen einer zweifellos anerkannten Regierung in Frankreich und nicht zuletzt die Unmöglichkeit einer Versöhnung und eines dauerhaften Friedens mit Frankreich nach seiner Niederlage bei Sedan. Gerade hierüber hat sich Bismarck von Anfang an keinen Illusionen hingegeben. Und auch das ist nicht zu vergessen, daß der Vertrag von Frankfurt Deutschland und Europa 43 Jahre lang den Frieden gesichert hat. Es hat des Ansturmes fast der ganzen Welt bedurft, um ihn umzu stoßen, und die in den Siegen von 1870 errungene deutsche Einheit ist dadurch nur noch fester geschmiedet worden.

berger wollten sich, so ungünstig sie die Angelegenheit beurteilten, nicht widersetzen<sup>1</sup>, und die badischen Vertreter sollten zwar gegen den Antrag reden, aber dagegen zu stimmen schien auch dem Großherzog kaum angängig<sup>2</sup>. Im Reichstag hingegen war die Sache völlig aussichtslos. Mit diesem Argument wandten sich die Minister am 8. April nach Rücksprache mit Bismarck nochmals an den König und erlangten von ihm die Ermächtigung, von dem Antrag „sur Zeit“ Abstand zu nehmen; für „spätere günstigere Konjunkturen“ hielten sie den Anspruch aufrecht. Der Rückzug und seine Gründe wurden auch der Öffentlichkeit bekannt. Am 17. April schrieb die Augsburger Allgemeine Zeitung: „Es gilt für gewiß, daß der Plan einer Abtretung des Kreises Weissenburg an Bayern definitiv aufgegeben ist . . . Bei der entschiedenen Abneigung der Mehrheit des Reichstags, auf dieses Projekt einzugehen, war es unter den abwaltenden Verhältnissen jedenfalls auch am geratensten, dasselbe ganz fallen zu lassen.“ Sicherlich hat Bismarck vor allem an diese bayrischen Wünsche gedacht, als er in seiner Reichstagsrede vom 25. Mai die Schaffung des Reichlandes an erster Stelle damit begründete: „um dynastische Fragen nicht ohne Not in unsere politischen zu mischen“.

Durch die Verquickung von innen- und außenpolitischen Rücksichten ist wie die Entscheidung über Elsaß-Lothringen so auch die Reichsgründung und der Friedensschluß unendlich erschwert worden. Bismarck hatte gehofft, wie er Anfang Dezember 1870 äußerte: „wir würden eher Frieden haben, als die deutsche Sache fertig wäre“<sup>3</sup>, aber das Schicksal hatte es anders bestimmt. Daß auch auf sein Entgegenkommen gegen Bayern außenpolitische Erwägungen entscheidend eingewirkt haben, dafür bringt das jetzt veröffentlichte Tagebuch des Großherzogs von Baden ein neues Zeugnis. Ihm sagte der Kanzler am 19. November<sup>4</sup>: „Ich gestehe zwar . . . daß mir“ die bayerischen „Vorschläge für eine Einigung durchaus ungenügend erscheinen würden, wenn nicht“ die Lage der europäischen Verhältnisse mich nötigte, so bald als möglich die Einigung Deutschlands als vollendete Tatsache hinzustellen.“ Gegenüber der Bewunderung, die man früher in Deutschland dem Friedensschluß von 1871 gezollt hat, haben neuerdings Haller und M. Spahn zutreffende Kritik an ihm geübt. Indes, um ihn gerecht zu beurteilen, darf man die ungeheuren Schwierigkeiten nicht außer acht lassen, die ihm entgegenstanden und überwunden werden mußten: die unerwartet lange Dauer des Krieges und das Stocken der

<sup>1</sup> Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart v. Rosenberg an Bismarck vom 17. März (Hauptarchiv des AA.). Bismarck faßte in seiner Antwort vom 19. März auch eine eventuelle Zustimmung des preußischen Landtags ins Auge.

<sup>2</sup> Nach seinem erwähnten Schreiben an Kaiser Wilhelm.

<sup>3</sup> M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 477.

<sup>4</sup> Lucken II, S. 187. Vgl. auch meine Frankfurter Universitätsrede: Bismarcks Reichsgründung und die europäischen Mächte (1925).

militärischen Operationen seit dem Herbst 1870, die drohende Einmischung der Neutralen, das Fehlen einer zweifellos anerkannten Regierung in Frankreich und nicht zuletzt die Unmöglichkeit einer Versöhnung und eines dauerhaften Friedens mit Frankreich nach seiner Niederlage bei Sedan. Gerade hierüber hat sich Bismarck von Anfang an keinen Illusionen hingegeben. Und auch das ist nicht zu vergessen, daß der Vertrag von Frankfurt Deutschland und Europa 43 Jahre lang den Frieden gesichert hat. Es hat des Ansturmes fast der ganzen Welt bedurft, um ihn umzustoßen, und die in den Siegen von 1870 errungene deutsche Einheit ist dadurch nur noch fester geschmiedet worden.